

Neues Führungsduo bei den LINKEN

(Von E. Noldus)

Auf dem 7. Parteitag der LINKEN wurde am 27. 2. 2021 ein neues Führungsduo gewählt. Die interessante Rede von Janine Wissler dokumentieren wir hier.

In den Medien wurde die Wahl freundlich bis euphorisch kommentiert. Die bis dahin weitgehend unbekannte Wissler als Vertreterin einer hessischen Splitterpartei wurde der Öffentlichkeit als eloquent oder gute Rednerin vorgestellt. Gelegentlich findet man eine Charakterisierung, die sie als Trotzkinin ausweist oder ihr zumindest eine Affinität attestiert.

Wir lassen nun den Text der Rede im Originalwortlaut folgen. Weggelassen wurde lediglich die Einleitung, die aus einem Grußwort bestand. Uns ist vor allem die eloquente Dauerbenutzung des Wortes „und“ aufgefallen. Im Text sind kleinere, optisch abgesetzte Anmerkungen eingestreut, die als dezente Hinweise zu verstehen sind.

Die Rede von Janine Wissler:

„Wir alle haben Anfang des Jahres nach Thüringen geschaut – gespannt und mit einigem Entsetzen.

Daß CDU und FDP mit den Stimmen der AfD einen Ministerpräsidenten ins Amt wählen – das ist ein Dambruch nach Rechts gewesen.

Und daß diese Entscheidung korrigiert wurde, das ist auch den vielen Menschen zu verdanken, die in Thüringen und bundesweit auf die Straße gegangen sind und gesagt haben, „Paktieren mit Faschisten darf nicht zur Normalität werden“.

Nach der Wahl des FDP-Landtagsabgeordneten Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten von Thüringen (5. 2. 2020) warf Hennig-Wellsow dem Gewählten in einer theatralischen Geste den Strauß Blumen, mit dem man üblicherweise dem Gewählten gratuliert, vor die Füße.

Und ich denke, wir waren alle, nicht nur hier in Thüringen, sondern die gesamte Partei stolz auf Susanne, die mit ihrem Blumenwurf ein so großes Zeichen gesetzt hat und ein wirklich antifaschistisches Symbol damit gesetzt hat und so viele aus dem Herzen gesprochen hat durch das Bild, das Du da geschaffen hast und deshalb ist es großartig, daß diese Entscheidung korrigiert wurde und Bodo Ramelow wieder ins Amt des Ministerpräsidenten gewählt werden konnte.

Die Gefahr von Rechts wächst. Rechter Terror hat in Deutschland eine lange Kontinuität, aber gerade sehen wir, wie der rechte Terror enorm zunimmt.

Die Rote Armee Fraktion hat es nie gegeben.

Wir haben – vor einigen Tagen hat sich der erste NSU-Mord zum 20. mal gejährt. Wir haben in Untersuchungsausschüssen in Thüringen, in Hessen, im Bund, in vielen anderen Bundesländern versucht, die Geschichte des NSU und die Rolle des sogenannten Verfassungsschutzes dabei aufzuklären. Aber wir haben auch erlebt, daß der rechte Terror nicht gestoppt wurde: Halle, der Mord an Walter Lübke, Hanau, Wächtersbach – und das zeigt, daß die Gefahr nach wie vor so groß ist, und ich will es mal sagen mit den Opferfamilien von Hanau, die gesagt haben: Hanau darf nicht eine weitere Station des rechten Terrors sein, Hanau muß die Endstation sein.

Gerade haben wir gehört, daß es in NRW 30 weitere Einzelfälle gibt von rechten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir haben es auch in Hessen erlebt – Stichwort NSU 2.0 – Martina ist ja auch davon betroffen.

Die Polizei als Bestandteil rechter Netzwerke. Es sind keine Einzelfälle!

Wir erleben, daß es rechte Netzwerke gibt in der Gesellschaft, aber daß diese rechten Netzwerke eben reinreichen bis in die Sicherheitsbehörden. Und deswegen – das erste, was aufhören muß, ist dieses unsägliche Gerede von Einzelfällen! Nein, es sind keine Einzelfälle! Wer die Strukturen nicht erkennt und die Vernetzung in der militanten Neonaziszene nicht erkennt und die Verästelungen bis rein in die Sicherheitsbehörden immer als Einzelfälle abtut und Studien darüber verhindert, der nimmt das Problem nicht ernst. Und das erste, was wir machen müssen ist, das Problem zu erkennen, damit man endlich auch rechte Terror und rechte Gewalt bekämpfen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

*Nun dürfen die Rassisten der sogenannten Mitte in der CDU/CSU genau hinschauen.
Mehr noch: Alltäglicher Rassismus ist gleich deutscher (nicht nur die AfD ist gemeint)
Rassismus.*

Und deshalb – natürlich müssen wir über die AfD reden und über die Rolle von Faschisten wie Höcke. Aber wer über Rechtsaußen spricht, darf über den Rassismus der sogenannten Mitte nicht schweigen. Und es waren eben die Seehofers, die mit „Die Migration ist die Mutter aller Probleme!“, es waren die Scheuers und die Söders, die in den letzten Jahren die Stimmung vergiftet haben, die Wahlkampf gemacht haben auf dem Rücken von Flüchtigen und Migrantinnen und Migranten – und deshalb, wenn wir Rechtsaußen bekämpfen wollen, dann müssen wir auch den alltäglichen Rassismus bekämpfen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, Racial Profiling.

Wir dürfen nicht zulassen, das Menschen sich als Menschen zweiter Klasse fühlen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion , meine lieben Freundinnen und Freunde!

Wenn man keine Resonanz in der Bevölkerung findet, solidarisiert man sich eben...

Und deshalb finde ich angesichts dieser wachsenden Gefahr von Rechts, aber auch angesichts der Krisen, die wir gerade erleben, muß die LINKE die Solidarität in den Vordergrund stellen und die Solidarität muß an erster Stelle stehen: Solidarität mit den Corona-Verlierern, mit den Menschen, die Einkommenseinbußen hatten weil sie seit Monaten in Kurzarbeit sind. Die als Leiharbeiter ihre Jobs verloren haben, die als Minijobber gefeuert wurden. Die vielen Soloselbständigen und Kulturschaffenden, die man versucht, mit Grundsicherung und Hartz IV abzuspeisen und keine Perspektive gibt. All die Menschen, die um ihre Existenzen kämpfen, wie zum Beispiel die Beschäftigten bei Norma. Bei Norma, wo in Gerbershausen hier in Thüringen ein kompletter Standort geschlossen werden soll und bei uns in Hessen in Maintal 150 Stellen abgebaut werden sollen.

... und hängt sich überall hintendran.

Und ich finde da müssen wir sehr deutlich machen: Es ist nicht hinzunehmen, daß Unternehmen die Corona-Krise mißbrauchen, um Beschäftigung abzubauen und um Menschen zu entlassen und ich find's toll, daß die IG Metall und die Beschäftigten an beiden Standorten so solidarisch gemeinsam kämpft und ich denke, wir sollten deutlich machen: Die LINKE in Thüringen und in Hessen steht an ihrer Seite. Wir kämpfen um diese Jobs, weil es keine Kostenfaktoren sind, sondern es sind Men-

schen, um die es hier geht, um Existenzen und um Familien, und an deren Seite stehen wir, wenn sie um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Das Dilemma der LINKEN: Die Zuwanderer drücken auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt und machen besonders denjenigen Konkurrenz, die sich wegen ihrer geringen beruflichen Qualifikation steigenden Mieten bei gleichzeitiger Entwertung der eigenen Arbeitskraft gegenübersehen. Von der Solidarität alleine kann man nicht leben.

Wir sind solidarisch mit den Mieterinnen und Mieter, weil Wohnen ein Menschenrecht ist, weil Mieten gedeckelt werden müssen, und weil Immobilienkonzerne wie Vonovia enteignet werden müssen, weil sie eine alltägliche Enteignung der Mieterinnen und Mieter betreiben.

Die soziale Spaltung darf nicht immer weiter zunehmen durch die Corona-Krise. Und gerade jetzt werden ja so viele Probleme deutlich, die wir vorher schon gekannt haben! Also über Pflegenotstand reden wir ja nicht erst seit Corona. Davor warnen Pflegekräfte und Verdi schon seit Jahren. Oder der bauliche Zustand von Schulen. daß man Schulen oft daran erkennt, daß sie das marodeste Gebäude des Stadtteils sind, ist auch keine neue Erkenntnis. Daß wir massive Probleme haben bei Investitionen in die Infrastruktur. Das ist durch diese Krise so deutlich geworden, aber die Probleme gab es vorher schon.

Achtung: Die unteilbare Solidarität der LINKEN gilt natürlich nicht für die verfolgten und vor der Ausrottung stehenden christlichen Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten.

Und ich will auch eines noch sagen, was Susanne angesprochen hat: Ja, Solidarität ist unteilbar. Und Solidarität bedeutet eben auch, solidarisch zu sein mit den Menschen in Moria und in anderen Flüchtlingslagern, die unter unmenschlichen Bedingungen leben. Und in Thüringen hat man eben gesagt, wir würden Flüchtlinge aufnehmen und so viele Kommunen haben gesagt, wir nehmen Flüchtlinge auf. Und es ist Horst Seehofer als Innenminister, der das verhindert und ich sag' Euch, ich kann das Gerede von der europäischen Lösung nicht mehr hören, weil die europäische Lösung ist eine faule Ausrede, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

Mit dem „Gerede von der europäischen Lösung“ hat sie recht.

Und das ist doch, es ist eine organisierte Katastrophe. Eine Katastrophe, die die eu...¹ Staaten der Union organisiert haben, weil das Folge ist ihrer Abschottungspolitik, daß immer mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken und Menschen unter erbärmlichen Zuständen im Dreck leben ohne Gesundheitsversorgung und ohne irgendeine Perspektive. Und auch an der Seite dieser Menschen müssen wir stehen, weil Solidarität unteilbar ist und weil sich der Kampf um gleiche Rechte und für soziale Gerechtigkeit überhaupt nicht voneinander trennen läßt.

Und natürlich muß die LINKE auch die Partei des Klimaschutzes sein. Natürlich gehen wir mit „Fridays for Future“ auf die Straße und kämpfen dafür, daß endlich der Klimaschutz ernst genommen wird und ein sozialökologischer Umbau erfolgt.

Die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse (der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung) ist legitim, solange sie von Links betrieben wird.

Aber wir wissen auch, wenn wir Klimaschutz durchsetzen wollen, müssen wir die Macht- und Eigentumsverhältnisse verändern. Weil solange Konzerne daran verdienen, an der Kohle, solange sie

1 Ein verschlucktes Wort.

daran verdienen an der Agrarindustrie, so wie sie heute ist, und solange die Automobilkonzerne nicht in die Schranken gewiesen werden, solange wird sich nichts ändern, und deshalb muß man bereit sein, sich mit denen anzulegen, wenn man wirksamen Umwelt- und Klimaschutz erreichen will, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich will zum Schluß kommen: In diesen sich verschärfenden Krisen brauchen wir so etwas wie ein Pol der Hoffnung von Links, und das muß die LINKE sein. Die LINKE muß die Partei sein, die Partnerin und Sprachrohr für alle die sind, die nicht auf der Sonnenseite dieses Systems stehen. Menschen, die Hartz IV beziehen oder kleine Renten, die in Armut leben und sich ihrer Armut schämen. Diese Menschen müssen in uns auch eine Stimme finden.

Noch einmal: die grundsätzlich andere Gesellschaft.

Die LINKE muß eine Partei sein, die konkrete Kämpfe unterstützt auch um die kleinste Verbesserung. Aber die LINKE muß auch die Partei sein, die sagt: Wir sind eine antikapitalistische Partei, wir wollen eine grundsätzlich andere Gesellschaft, in der nicht 10 Prozent der Menschen zwei Drittel des Vermögens besitzen, in der nicht bei der Geburt eines Kindes schon klar ist, welche Bildungschancen es hat. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben, und in der alle Menschen in Würde leben können. Und das müssen wir als LINKE erreichen als aktive Mitgliederpartei. Und da finde ich gerade in diesem Bereich haben Katja und Bernd in den letzten Jahren Herausragendes geleistet. Sie haben die Linke zu einer aktiven Mitgliederpartei mitgestaltet, die kampagnenfähig ist, die verankert ist.

Der Traum: Die Unterwanderung von Organisationen als Mittel der Vorbereitung zum Sturz der bestehenden gesellschaftlichen und damit politischen Ordnung.

Und ich glaube, daran müssen wir ansetzen, das weiter fortzuführen. Daß die LINKE eine Partei ist, die vor Ort verankert ist in den Stadtteilen noch viel stärker als heute, in den Mieterbündnissen, in den Gewerkschaften, in den Flüchtlingsinitiativen. Und ich denke, so eine LINKE brauchen wir, die konkrete Verbesserungen erkämpft, aber gleichzeitig auch deutlich macht: Wir wollen 'ne grundsätzlich andere Gesellschaft, und wir haben 'ne Vision davon, wie es ganz anders funktionieren kann. Und so 'ne LINKE wünsche ich mir in Thüringen, in Hessen und auch im Bund. Vielen Dank!“